



3/2018

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU *Spezial - Koalitionsvertrag*

Liebe Leserinnen und Leser,

das Aufatmen konnte man am Mittwoch im ganzen Land förmlich hören, da nun endlich eine Einigung zwischen CDU/CSU und SPD über einen neuen Koalitionsvertrag gefunden wurde. Während die Wirtschaft weiterhin für neue Exportrekorde sorgt, wird in der Politik fleißig gestritten. Erst um Inhalte - dies ist auch legitim, wenn beide Parteien ihre Punkte und Versprechen in diesem Vertrag wiederfinden möchten - nun über Personen.

Aus meiner Sicht stellt der Koalitionsvertrag eine gute Grundlage für die nächsten Jahre dar. Die allermeisten Punkte, die wir Wirtschaftspolitiker eingebracht haben, finden sich fast 1:1 wieder. Die ostdeutschen Themen sind gut platziert. Bildung und Wissenschaft sind Schwerpunktthemen des Vertrages. Die Regelungen zur Migrations- und Flüchtlingspolitik entsprechen fast genau der Linie der Union. Das Kapitel zu Verkehr und Infrastruktur ist ohne große Kritikpunkte und für Familien und Rentner wird viel getan. Natürlich geht immer mehr. Wenn wirklich alles im Koalitionsvertrag festgeschriebene in den nächsten dreieinhalb Jahren so umgesetzt werden soll, muss die Arbeit sofort beginnen. Ich kann allen nur empfehlen, lesen Sie selbst nach, verlassen Sie sich nicht auf die Berichterstattung der Medien.

Zum Thema Personalverteilung lohnt sich übrigens ein Blick zurück auf 2005. Finanzen, Auswärtiges, Arbeit und Soziales und Gesundheit fielen an die SPD. Der damalige Finanzminister Peer Steinbrück, so meine Erinnerung, hatte selbst im Lager der Union viele Anhänger. Dass das Wirtschaftsressort nun endlich wieder an die Union fällt, geht in der aktuellen Diskussion völlig unter. Ich möchte nichts schönreden, aber letztendlich geht es darum, politisch wieder handlungsfähig zu werden. Die Bürger unseres Landes werden nur wenig Verständnis für ein erneutes Hickhack aufbringen. Sollte man es auf diesen ungewissen Zustand jetzt wirklich ankommen lassen? Ich meine nein.

Ich wünsche Ihnen ein angenehmes Wochenende und hoffe auf mehr Rationalität in den Diskussionen der nächsten Tage.

Ihr

Andreas Lämmels

ZUSAMMENFASSUNG KOALITIONSVERTRAG

Ein neuer Aufbruch für Europa, Eine neue Dynamik für Deutschland, Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Unter diesem Motto wurde diese Woche der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorgestellt und steht nun in den Parteien zur Diskussion.

Ohne Frage ist ein großes Maßnahmenpaket geschnürt worden. Bei der 177 Seiten umfassenden Agenda sei es immer darum gegangen, nicht nur gerecht zu verteilen, sondern auch die Grundlage dafür zu erwirtschaften. Markenzeichen ist schon wie in den letzten Jahren der solide Finanzplan.

Was steht jetzt aber drin im Koalitionsvertrag? Hier eine Auswahl von wichtigen Vorhaben in den kommenden vier Jahre:

Familien stärken, Kinder fördern

Wir werden das Kindergeld in zwei Teilschritten um 25 Euro pro Kind und Monat erhöhen. Gleichzeitig steigt der steuerliche Kinderfreibetrag entsprechend.

Viele Familien träumen von den eigenen vier Wänden. Wir wollen sie unterstützen, sich diesen Traum zu erfüllen. Dazu führen wir für viele Familien ein Baukindergeld ein: Eltern bekommen für jedes Kind 1.200 Euro pro Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Gute Bildungschancen von Anfang an

Schulen sollen Kinder auch auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereiten. Bund und Länder werden das mit einem gemeinsamen Digitalpakt sicherstellen. Der Bund gibt hierfür 5 Mrd. Euro in fünf Jahren, davon 3,5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2021.

Eltern, die eine Ganztagsbetreuung für ihre Kinder in der Grundschule wünschen, haben darauf künftig einen Rechtsanspruch. Das entlastet Eltern und bringt neue Bildungschancen für Kinder. Für den Ausbau dieser Angebote werden 2 Mrd. Euro bereitgestellt.

Bis 2025 wird Deutschland 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren. Der Pakt für Forschung und Innovation wird fortgesetzt. Damit bekommen Forschungsorganisationen mehr finanzielle Mittel. Schwerpunkte sind dabei Künstliche Intelligenz und Gesundheit. Sie sind Mega-Themen der Zukunft.



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Digitale Chancen nutzen

Mehr als 10 Mrd. Euro werden wir in flächendeckende Glasfaser-Netze investieren. Unser Ziel lautet: Glasfaser in jeder Region und jeder Gemeinde – möglichst direkt bis zum Haus. Wir beseitigen bestehende Funklöcher und wollen Vorreiter werden beim Aufbau des Echtzeit-Mobilfunkstandards 5G.

Zudem wird ein digitales Portal für Bürger und Unternehmen den einfachen, sicheren und mobilen Zugang zu allen Verwaltungsdienstleistungen möglich machen. Im so genannten Bürgerkonto kann jeder Bürger sehen, über welche Daten der Staat verfügt und welche Behörde darauf Zugriff genommen hat. Jeder kann den Umgang mit seinen persönlichen Daten steuern.

Wettbewerbsfähige Wirtschaft und gute Arbeit

Wir werden die Sozialabgaben bei unter 40 Prozent stabilisieren und die Steuerbelastung nicht erhöhen. Wir bauen weiterhin Bürokratie ab und investieren noch stärker in die Zukunft Deutschlands – vor allem in Bildung, Forschung, Digitalisierung und Infrastruktur.

Gründern werden wir von der monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung befreien und weitere Bürokratie abbauen. Insbesondere für Unternehmen in der Wachstumsphase schaffen wir bessere Bedingungen für Wagniskapital.

Zudem wird eine steuerliche Förderung eingeführt – insbesondere für kleine und mittelgroße Unternehmen, die Forschung betreiben.

Steuern und Sozialabgaben senken

Wir werden den Soli schrittweise abschaffen. 2021 werden 90 Prozent der Soli-Zahler diese Abgabe nicht mehr zahlen müssen. Die Wirkungen der kalten Progression sollen auch weiterhin ausgeglichen werden. So stellen wir sicher, dass Lohnerhöhungen zum Ausgleich der Inflation im Geldbeutel der Menschen bleiben.

Wir senken den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte. So werden die Menschen noch mehr Netto vom Brutto haben. Geringverdiener werden bei allen Sozialbeiträgen entlastet.

Seit 2014 schreibt der Bund schwarze Zahlen. Auch für die Zukunft gilt: Wir werden keine neue Schulden machen! So vergrößern wir die Handlungsspielräume für unsere Kinder und Enkel, statt auf ihre Kosten zu leben.

Soziale Sicherheit verlässlich gestalten

Wir verbessern Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege. Für mehr Personal in der Altenpflege und in Krankenhäusern schaffen wir zusätzliche Stellen – in einem ersten Schritt 8 000 Stellen für Pflegekräfte.

Ab 2019 werden die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung wieder in gleichem Maße von Arbeitgebern und Beschäftigten geleistet.

Wir schreiben die gesetzliche Rente auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025 fest. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigt. Für die Zeit danach werden wir eine Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ einrichten.

Für Menschen, die 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, führen wir eine Grundrente oberhalb der Grundsicherung ein.



Zuwanderung ordnen, Integration fördern

Bezogen auf die durchschnittlichen Zuwanderungszahlen und mit Blick auf die vereinbarten Maßnahmen stellen wir fest, dass diese Zahlen die Spanne von jährlich 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen werden.

Die Bearbeitung der Asylverfahren sowie Verteilung und Rückführung erfolgen künftig durch zentrale Einrichtungen, in denen die zuständigen Ämter Hand in Hand arbeiten.

Für die Regelung zum Familiennachzug bei subsidiär Geschützten haben wir den Zuzug auf 1 000 Menschen pro Monat begrenzt.

Wer sein Aufenthaltsrecht dazu missbraucht, um Straftaten zu begehen, muss unser Land verlassen. Das gilt auch für Sozialleistungsbetrug.

Zum Zwecke der Verfahrensbeschleunigung werden Algerien, Marokko und Tunesien sowie weitere Staaten mit einer regelmäßigen Anerkennungsquote unter 5 Prozent zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt.

Für Innere Sicherheit und Ordnung

Wir werden 2 000 Richterstellen bei den Gerichten der Länder und des Bundes schaffen. Wir beschleunigen damit Strafverfahren und stärken so das Vertrauen in unseren Rechtsstaat.

Die Sicherheitsbehörden wollen wir technisch, finanziell und personell weiter stärken. Wir wollen die Zahl der Polizisten noch einmal um 15 000 erhöhen. Dabei wird der Bund 7 500 zusätzliche Stellen schaffen.

Wir wollen Videoüberwachung an Brennpunkten einsetzen, sie mit Augenmaß wirksam ausbauen und auch technisch verbessern.

Im Kampf gegen Einbrecher werden wir der Polizei alle notwendigen Ermittlungsinstrumente zur Verfügung stellen.

Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum will der Bund gemeinsam mit den Ländern weiterentwickeln. Dort sollen künftig Informationen besser ausgetauscht und verbindliche Absprachen getroffen werden.

Ergebnisse der Verhandlungen für Sachsen

Der Koalitionsvertrag macht deutlich, dass wir bereit sind, heute die nötigen Entscheidungen zu treffen, damit es unserem Land auch in Zukunft gut geht. Dabei setzen wir auf mehr Dynamik und wollen die Probleme lösen, die die Menschen in ihrem Alltag bewegen.

Besonders für Sachsen und damit auch Dresden ergeben sich zahlreiche Chancen durch den Koalitionsvertrag. Besonders vom **Ausbau des Betreuungsangebotes** wird Sachsen weiter profitieren. Ebenso beim **Ausbau der Ganztagsbetreuung** und der digitalen **Infrastruktur an Schulen**.

Begleitend zur Schaffung **zusätzlicher Stellen bei der Polizei** des Freistaates wird auch der Bund deutschlandweit 7.500 zusätzliche Stellen schaffen, um die Polizei auf die Straße zu bekommen.

Zudem hat der Bund zugesagt, das Bundeskriminalamt weiter zu stärken, um beispielsweise organisierten Einbrecherbanden noch besser zu begegnen. Das KfW-Förderprogramm **„Prävention durch Einbruchssicherung“** soll aufgestockt und auf Mehrfamilienhäuser erweitert werden, um **flächendeckend Einbruchsschutz von Wohnungen und Häusern** zu erreichen.

Auch nach dem Ende des Solidarpaktes II wird die Förderung des Aufholprozesses der ostdeutschen Länder vorrangiges Ziel der Strukturförderung sein.

Durch Differenzierung der Fördersätze sollen **strukturschwache Regionen gezielt gefördert** werden. Die Förderung dieser Regionen, vor allem in Ostdeutschland, bleibt prioritär und soll nicht zu Gunsten einzelner schwächerer ländlicher Regionen in strukturstarken Ländern geschmälert werden.

Die Braunkohleverstromung in der Lausitz steht für Versorgungssicherheit und zehntausende Arbeitsplätze. **Ein abrupter Braunkohleausstieg verbietet sich**. Dafür wurden im Koalitionsvertrag folgende wichtige Eckpunkte verankert:

Keine starre Festlegung eines Ausstiegsdatums im Koalitionsvertrag. Über die Zukunft der Braunkohle soll eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ fundiert beraten. Die finanzielle Absicherung für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen erfolgt durch einen Fonds für Strukturwandel aus Mitteln des Bundes.

Digitalisierung und Breitbandausbau bilden einen wesentlichen Schwerpunkt des Koalitionsvertrages. Im Interesse Sachsens soll der Fokus dabei ausdrücklich auch auf dem **flächendeckenden Ausbau zukunftsfähiger Glasfasernetze** und der **Beseitigung von Funklöchern** liegen. Ziel ist die Bereitstellung zukunftsfähiger Breitbandanschlüsse am jedem Haus.

Die ostdeutschen Länder werden seit vielen Jahren zunehmend stärker als ursprünglich erwartet durch den **Finanzierungsbeitrag zu den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR** belastet. Bislang tragen Sie 60 Prozent der Kosten aus den Zusatzversorgungssystemen. Im Koalitionsvertrag ist nunmehr vorgesehen, dass der Bund schrittweise einen höheren Anteil an diesen Kosten übernimmt. Sachsen strebt eine Anhebung der Bundesbeteiligung um rund 250 Mio. EUR pro Jahr an.

Bund und Länder werden die **gemeinsame Förderung der Hochschulausbildung und Wissenschaft** fortsetzen. Entsprechend dem sächsischen Anliegen werden Qualitätsaspekte bei der Verteilung der Mittel stärker im Vordergrund stehen. Zudem sollen die Mittel weiter aufgestockt werden. Damit teilt die zukünftige Bundesregierung die Auffassung Sachsens, dass die Zukunftschancen der Absolventen und die Qualität der Lehre von herausragender Bedeutung sind.

Für all diese Punkte wollen wir in einer stabilen und handlungsfähigen Bundesregierung Verantwortung übernehmen.